

Glänzende Kriegsgeschäfte

Daimler-Hauptversammlung: Kritische Aktionäre prangern Rüstungsproduktion des Konzerns an

Gitta Düperthal

Der Verband »Kritische AktionärInnen Daimler« (KAD) bot der neoliberalen Jubelveranstaltung der Daimler-Hauptversammlung am Mittwoch wie schon im letzten Jahr Paroli. Die Sprecher zeigten die Schattenseiten der positiven Geschäftsbilanz des Konzerns auf, verweigerten Vorstand und Aufsichtsrat des Konzerns die Entlastung. Wie zu erwarten, war zunächst alles eitel Sonnenschein: Der Daimler-Vorstandsvorsitzende Dieter Zetsche hatte Rekordabsatzzahlen des Konzerns vermeldet und das umstrittene transatlantische Handelsabkommen TTIP als angeblichen Jobmotor gelobt – wengleich letzteres nach Meinung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu bis zu 30 Prozent Lohnkürzungen führen kann. Aufsichtsratschef Manfred Bischoff gab die Absicht bekannt, Zetsches Vertrag als Daimler-Boss bis 2019 zu verlängern.

Doch dann redeten die Konzernkritiker des KAD Tacheles. Christian Russau monierte fehlende Vergangenheitsbewältigung. Laut Abschlussbericht der Nationalen Wahrheitskommission Brasiliens sei die Mercedes Benz Niederlassung in dem Land in die dortige Militärdiktatur verstrickt gewesen, so Russau. Von 1969 bis Mitte der 70er Jahre, dem Höhepunkt des staatlichen Terrors und Folterns in Brasilien, habe der Konzern das Folterzentrum Operação Bandeirantes (Oban) finanziell unterstützt. 66 Menschen seien dort ermordet worden, 39 von ihnen unter den Qualen der Folter gestorben, weitere 19 Opfer gelten als »verschwunden«. »Neben Bankiers haben mehrere multinationale Konzerne den Aufbau des Oban finanziert, darunter Firmengruppen wie Ultra, Ford, General Motors, Camargo Corrêa, Objetivo und Folha. Weiterhin kollaborierten Multis wie Nestlé, General Electric, Mercedes Benz, Siemens und Light«, zitierte Russau die Wahrheitskommission von São Paulo.

Dass der »weltweit führende Nutzfahrzeughersteller« immer noch mit Militärprodukten

handelt, monierte Jürgen Grässlin, der als einer der führenden Experten für Waffenexporte in Deutschland gilt. Hemmungslos werbe Daimler auf Rüstungsmessen für den Verkauf von Militärfahrzeugen, beispielsweise im Nahen und Mittleren Osten. So geschehen bei der alle zwei Jahre in den Vereinigten Arabischen Emiraten stattfindenden Rüstungsmesse IDEX 2011, 2013 und 2015. Der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel« und der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen lägen Beweise vor, wonach allein sogenannte Unimogs in der Militärversion in einer Stückzahl von mehr als 150.000 weltweit an über 80 Armeen verkauft wurden. Zu den Empfängerländern zählten Ägypten, Algerien, Indonesien, der Irak, Kuwait, Libyen, Pakistan, Saudi-Arabien, Syrien und die Türkei. Auch im Geschäftsjahr 2014 unter der Führung von Zetsche habe der Konzern sein Geschäft mit Kriegen und gewalttätigen Konflikten fortgesetzt. Kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten wurden mit Mercedes-Military-Fahrzeugen hochgerüstet – darunter auch Diktaturen.

Der Sprecher der »Kritischen AktionärInnen Daimler« und Vorstandsmitglied ihres Dachverbands, Paul Russmann, kritisierte die Intransparenz des Konzerns. »Welche Gründe gibt es, den Geschäftsbereich der Rüstungsproduktion und -exporte im Geschäftsbericht 2014 nicht zu erwähnen?«, fragte er. Bereits im Vorfeld hatte er gegenüber *junge Welt* im Interview bemängelt, dass die Daimler AG ihre Internetseite, auf der Militärprodukte angepriesen werden, für den offenen Zugriff gesperrt hatte. Er hatte dies als »Methode, die man eher aus China kennt« bezeichnet. Der Konzernspitze wird das wohl zu peinlich gewesen sein. Am Mittwoch war die Internetadresse www.mb-military-vehicles.com wieder erreichbar. Russmann zitierte zu Rüstungsexporten die IG Metall Stuttgart: »Hier werden mit Blut, Mord und Kriegen Höchstprofite erwirtschaftet.«

<http://www.jungewelt.de/2015/04-02/044.php>